

endgültig klar gestellt, dass er gehen musste, weil er nicht mehr ganz und im einseitigsten Sinn konservativer Parteimann sein wollte, und doch für eine andere Politik keine Mehrheit im Parlament fand.

Durch das Schicksal Capravis und Bülows ist damit wohl endgültig erwiesen, dass die Modernisierung des deutschen Staatswesens nicht mehr von oben gemacht werden kann. In Österreich ist es noch möglich gewesen, dass eine verfahrenere Situation des Staats dadurch gelöst werden konnte, dass die Regierung selbst im Einverständnis mit den ausserhalb des Parlaments stehenden Massen aus eigener Initiative die Demokratisierung des Staates in die Hand nahm. In Deutschland, das seit mehr als einem Menschenalter das allgemeine Wahlrecht bereits besitzt, wird eine solche Initiative seitens der Regierung, selbst wenn sie überhaupt denkbar wäre, nicht durchgeführt werden können. Die Versuche dieser Art, die man gemacht hat, sind an der fehlenden parlamentarischen Mehrheit gescheitert. Wenn aber diese Mehrheit einmal vorhanden ist, so wird sie sich die Demokratisierung auch von selber erzwingen, ohne dass es einer besonderen Initiative der Regierung dazu bedarf. Das Problem der Politik in demokratischem Sinn bleibt daher immer wieder die Schaffung eines Parlaments, in dem die Linke die Mehrheit hat.

Es wäre natürlich das Schönste, wenn wir sagen könnten, dass wir Sozialdemokraten, allein auf die Arbeiterbevölkerung gestützt, diese Mehrheit erringen werden. Wer die Dinge kennt, wird das aber für lange Zeit hinaus für eine utopistische Hoffnung halten. Natürlich können wir damit rechnen die Zahl der Abgeordneten, über die wir heute verfügen, in absehbarer Zeit auf das Doppelte und Dreifache zu vermehren. Damit aber wird die Majorität im Parlament noch nicht gewonnen. So müssen wir ausserdem damit rechnen, dass wir bei den nächsten Wahlen nicht nur unsere Fraktion sondern die Linke in ihrer Gesamtheit verstärken, trotz aller scharfen Gegensätze, die zwischen uns und den Freisinnigen oder gar zwischen uns und den Nationalliberalen bestehen. Wir haben aus dem Beispiel des Blocks der letzten Wochen gelernt, dass auch Konservative und Polen, so schroff sie sich gerade in den Lebensfragen der polnischen Nation gegenüberstehen, zu zielbewusster und energischer Aktion sich vorübergehend zusammenschliessen vermochten. Man soll vom Gegner lernen, zumal dann, wenn man von diesem Gegner eben besiegt worden ist. Die politischen Zustände in Deutschland werden erst dann gesunden, wenn man es gelernt hat, trotz aller bleibenden Gegensätze zwischen den einzelnen Parteien, auch auf der Linken zu ähnlich durchgreifenden und rücksichtslosen gemeinsamen Aktionen für bestimmte Fragen zu kommen.

XX
**AUGUST ERDMANN · GÄRUNGEN IM KLRI-
 KALEN LAGER**



RECHT interessante Streiflichter auf die Gegensätze im Zentrums-
 lager wirft die Tatsache, dass am Dienstag nach Ostern in Köln
 eine Besprechung von 10 Zentrumsmännern stattgefunden hat, über
 die erst nachträglich, und zwar zunächst von unbeteiligter Seite,
 Näheres bekannt geworden ist. Am 23. Juni teilte die *Kölnische*
Volkszeitung mit, dass am 13. April in Köln 10 Herren eine geheime Zusammen-

kunft abgehalten hätten. Unter den Teilnehmern wurden zwei Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstags, ein Mitglied der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses, ein Domherr einer norddeutschen Diözese, ein rheinischer Religions- und Oberlehrer, zwei Redakteure von Zentrumsblättern und zwei jüngere Geistliche genannt. Das rheinische Zentrumsblatt liess sich folgendermassen aus:

„An jenem Osterdienstag hat man hier in Köln so etwas wie ein oberstes Wächteramt über den Katholizismus in Deutschland eingerichtet, den jene 10 Herren für bedroht erachten. Der Episkopat, der Klerus und die Volksmassen sollen über diese angebliche Gefährdung des Katholizismus und seiner Reinheit durch Wort und Schrift aufgeklärt werden. Ein Aktionsprogramm unter den Herren wurde festgestellt, die Rollen für die Ausführung, für die Tätigkeit in Versammlungen und in der Presse wurden verteilt. Für die Verbreitung der Ideen wurden zwei Zeitschriften und eine Anzahl Tagesblätter in Aussicht genommen.“

Darauf hat dann in der *Germania* vom 25. Juni einer der Beteiligten, Rechtsanwalt Dr. Bitter, Reichstagsabgeordneter für Osnabrück, das Wort ergriffen und mitgeteilt, dass in der Tat am Dienstag nach Ostern in Köln eine Versammlung katholischer Männer stattgefunden habe, die sich auf folgende zwei Leitsätze einigte:

„1. Das Zentrum ist eine politische Partei, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat die gesamten Interessen des Volks auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten.“

2. Der *Volksverein für das katholische Deutschland* bedarf wegen seiner grossen Bedeutung für das katholische Leben eines engeren Anschlusses an den Episkopat.“ Dr. Bitter teilt dann weiter mit, dass die Frage nach dem konfessionellen oder interkonfessionellen Charakter der christlichen Gewerkschaften „bei der Beschlussfassung“ ausdrücklich ausgeschlossen worden sei; was wohl heissen soll, dass man die Frage der Gestaltung der christlichen Gewerkschaften nur erörtert, aber von einem Beschluss abgesehen hat. Die *Kölnische Volkszeitung* ist der Meinung, dass „die ganze Aktion bedeutungslos ist und bleiben wird“; dagegen versichert Dr. Bitter:

„Die Anschauungen der Versammlung decken sich mit den Anschauungen der überwiegenden Mehrzahl des katholischen Volks, und die Bestrebungen der Versammlungsteilnehmer haben nach guter Information des Unterzeichneten die Sympathie des gesamten deutschen Episkopats für sich.“

Man versteht das Bemühen der *Kölnischen Volkszeitung* die Sache als belanglos, als die Angelegenheit einiger Eigenbrödlers, hinzustellen. Ist das rheinische Zentrumsblatt doch der Hauptvertreter jener Bestrebungen, die von den Herren Bitter und Genossen bekämpft werden. Von jeher hat die *Kölnische Volkszeitung* darauf Wert gelegt zu betonen, dass das Zentrum eine politische, keine konfessionelle, also ausschliesslich katholische Partei sei; ihr politischer Leiter, Justizrat Dr. Bachem, liess im März 1906 den Artikel mit dem bekannten Ruf *Wir müssen aus dem Turm heraus!* erscheinen, und immer wieder hat das genannte Blatt dem Zentrum vorgehalten, dass die Partei die konfessionelle Abgeschlossenheit aufgeben und an den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen der Zeit mit grösserem Eifer und freierem Sinn teilnehmen solle. Das ist nicht etwa die persönliche Liebhaberei des Herrn Dr. Bachem, sondern es begreift sich aus den Verhältnissen, mit denen das städtische Zentrum im Westen, namentlich im fortgeschrittenen Rheinland zu rechnen hat. Mit dem politischen und geistigen Aufwand, der in der Oberpfalz oder in Allenstein-Rössel zureicht, erobert sich das Zentrum im Rheinland weder in der Politik noch im Wirtschaftsleben die Stellung, nach der es

strebt, und wenn der Ruf eines andern Mitglieds der Familie Bachem *Wir müssen mehr katholische Kommerzienräte haben!* Gehör finden soll, dann geht das nur dadurch, dass das Zentrum *aus dem Turm heraustritt*, sich mit dem wirtschaftlich starken Gegner, statt sich von ihm abzuschliessen, in tätigen Wettbewerb begibt und die Geschäfte macht, wie sie fallen, ohne den Kunden oder den Teilhaber nach seiner konfessionellen Reinheit zu fragen. Und es begreift sich auch, dass das Zentrum im industriellen Westen die Arbeiten des *Volksvereins* und besonders dessen letztes Werk, die christlichen Gewerkschaften, begünstigt. Sein Stolz ist der Besitz der Reichstagsmandate in den grossen Städten des Westens; solange es diese hat, kann es bei seinen Anhängern noch das Ansehen als *Volkspartei* geniessen, das aber in dem Augenblick verloren ist, wo es nichts als nur noch ländliche Wahlkreise hat. Der städtische Besitz des rheinischen Zentrums ist aber durch die Sozialdemokratie seit langem bedroht, die dem schwarzen Gegner langsam zwar, aber sicher und stetig, nahe und näher rückt. Der Anheimfall der Städte des Westens an die Sozialdemokratie kann zwar nicht auf alle Zeit verhindert, aber er kann doch hinausgeschoben werden, und dazu dient dem Zentrum der *Volksverein* mit seinen Versammlungen, seinen Flugschriften, seinen Kursen, seinen Arbeitervereinen, seinen christlichen Gewerkschaften.¹⁾ Selbstverständlich geht es hierbei nicht mehr mit dem Abschliessungssystem, das man bisher bei den katholischen Arbeitern übte; sie müssen politisch und sozial geschult, sie müssen ins Leben geführt, sie müssen dem Gegner näher gebracht werden, um ihn bekämpfen zu können; sie müssen schliesslich auch dahin kommen ihre wirtschaftlichen Interessen ohne konfessionelle Beschränktheit, vom Klassenstandpunkt aus, aufzufassen. Dabei mag denjenigen, die diese Bewegung befördern, manche Nebenerscheinung nicht lieb sein, immerhin muss man zugestehen, dass der *Volksverein* — wenn letzten Endes seine Arbeit auch der Sozialdemokratie zu gute kommen muss — doch dem Zentrum im Westen wesentliche Dienste geleistet und manchen Arbeiter beim Zentrum gehalten hat, der ohne München-Gladbacher Einwirkung heute schon im andern Lager sässe. Das Zentrum im industriellen Westen weiss also genau, warum es *aus dem Turm heraus* will, weshalb es den *Volksverein* und die christlichen Gewerkschaften begünstigt. Aber nicht das gesamte Zentrum hat das gleiche Interesse, nicht einmal das gesamte Zentrum im Westen. Im kleinbürgerlichen Trier und seinem bäuerlichen Hinterland, wo es weder Liberale noch Sozialdemokraten gibt, denkt man anders als in den leitenden Zentrumskreisen in Köln, Düsseldorf und Essen, und in Münster denkt man ebenfalls anders als in Dortmund und Bochum, ganz abgesehen von weiterliegenden Zentrumsgebieten im Süden und Osten, wo noch viel weniger Verständnis für die rheinischen Gelüste vorhanden ist. Und nun gar die Kirche, der das Prinzip, die Reinheit des Glaubens, die Bewahrung der Masse vor Selbständigkeit und Begehrlichkeit, über alles geht, die *Modernismus* in allem wittert und alles fürchtet, was am Bestehenden ändert und neuen Bedürfnissen entgegenkommt: sie muss sich auch hier ihrem Wesen und ihrer Überlieferung gemäss ablehnend verhalten, und aus diesen Gründen heraus darf sich, wie mir scheint, Dr. Bitter darauf berufen, dass er und seine Gesinnungsgenossen nicht nur die überwiegende Mehrzahl der Katholiken sondern auch den gesamten Episkopat auf ihrer Seite haben.

¹⁾ Siehe meinen Artikel *München-Gladbach* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 2. Band, pag. 793 ff.

In namhaften Organen des deutschen Klerikalismus, namentlich in den alten und angesehenen *Historisch-politischen Blättern*, begegnet man in letzter Zeit vielfach Klagen über die Hinneigung zur *modernen Religion*, die sich unter dem katholischen Volk immer mehr ausbreite. In einem Artikel, der unter dem Titel *Religion in Theorie und Praxis* Anfang Februar in der genannten Zeitschrift erschien, wird diese *moderne Religion* als eine »Art von Gefühlschwärmerei, eine gehobene, festtägliche Stimmung, eine Begeisterung für Ideale, für alles Schöne in Natur und Kunst« geschildert; man könne begreifen, dass eine solche Religion »viele Anhänger hat, denn es lässt sich bequem und behaglich mit ihr leben; sie ist Privatsache und nicht berufen eine Rolle im Gesellschaftsleben zu spielen«. Und leider, so meint der besorgte Verfasser, habe es den Anschein, dass »auch im katholischen Volksteil derartige Religionsauffassungen immer mehr an Boden gewinnen«. Nun würden die kirchlichen Glaubensmächte über die *moderne Religion* nicht gar so erbittert sein, wenn sie die Liebhaberei eines kleinen Kreises bildete, aber sie sehen die Massen von ihr bedroht, und der *Volksverein für das katholische Deutschland* erscheint ihnen als der Übeltäter, der durch die Hinlenkung der Arbeiter auf die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen, durch seine Förderung der interkonfessionellen Gewerkschaften die Massen vom wahren Glauben abführt. Ende des vorigen Jahres nahmen sich die *Historisch-politischen Blätter* das von der Zentralstelle des *Volksvereins* herausgegebene Verzeichnis sozialer Literatur vor; sie erwähnen eingangs die gegenwärtig herrschende Strömung zur Interkonfessionalität der Organisationen und stellen fest, dass auch der *Volksverein* von derartigen Bestrebungen nicht fern geblieben sei. Dann heisst es, von einem Verein für das katholische Deutschland erwarte wohl jeder, dass er an erster Stelle und mit Vorzug katholische Literatur empfehle und verbreite. An diesen Grundsätzen habe auch das München-Gladbacher Verzeichnis in den früheren Auflagen festgehalten. In der jetzigen Auflage wehe ein anderer Geist.

»Die empfohlenen Werke rühren zum weit überwiegenden Teil von Protestanten und Sozialdemokraten her, und von katholischen Werken werden nur solche sichtlich bevorzugt, die nicht allzu *ultramontan* sind sondern sich in der Richtung bewegen, die ängstlich jedes starke Betonen des konfessionellen Gedankens zu vermeiden sucht. . . Man bekommt überhaupt fast den Eindruck, dass die Verfasser des Verzeichnisses im Interesse der *Objektivität* und *Parität* das spezifisch Katholische in den Hintergrund schieben und ignorieren. Wer soll das begreifen?»

Der *Volksverein*, so heisst es zum Schluss, sei eine gewaltige Armee, die von der Zentralstelle in München-Gladbach mit fast souveräner Gewalt geleitet werde. Die Zentralstelle sei zu einer wahren Grossmacht geworden, mit der alle katholischen Kreise, bis hinauf zu den höchsten, heute schon rechnen und in Zukunft wahrscheinlich noch mehr rechnen müssten. Deshalb bestehe für die Katholiken »das Recht, ja die Pflicht, darauf zu achten, dass die Zentralstelle in München-Gladbach nicht etwa in interkonfessionelle Bahnen lenke, die schliesslich den deutschen Katholiken zum Nachteil, um nicht zu sagen: zum Verderben, gereichen könnten«.

Seit der Zeit haben die Angriffe auf den *Volksverein* nicht aufgehört. Ausser den *Historisch-politischen Blättern* beteiligte sich die in Köln erscheinende *Apologetische Rundschau* daran. Die letztgenannte Zeitschrift erblickt in der München-Gladbacher Zentralstelle des *Volksvereins* den »Herd einer ganz eigenen Auffassung des katholischen Gedankens«, München-Gladbach sei »eine

Schule geworden, auf die ein bestimmter Geist sein festes Siegel geprägt habe: die christlichsoziale Demokratie; dieser eigenartige Geist kümmere sich wenig um Theologie und Kirchenrecht, er schaffe »nicht so sehr soziale Pioniere des katholischen Gedankens als katholische Pioniere der Volkswohlfahrt«, und der junge in diesem Geist erzogene Klerus »wächst hinein in die Pfarrämter und trägt den Geist seiner Schule mitten hinein in das kirchliche Leben«. Es müssten Garantien geboten werden, dass München-Gladbach »den tiefen und weiten Einfluss seines Programms in engerem Anschluss an die kirchliche Hierarchie vollzieht«: eine Forderung, die vorher schon die *Historisch-politischen Blätter* erhoben und genauer formuliert hatten, indem sie für die Bischöfe das Recht beanspruchten »zum mindesten im Vorstand einen Platz zu haben, an der Leitung dauernd und entscheidend teilzunehmen«. Die Selbständigkeit des *Volksvereins* und die Art seines Vorgehens gefällt den Bischöfen nicht. München-Gladbach gilt ihnen als der Sitz der *christlichen Demokratie*, die in Italien bereits der Verurteilung durch den Papst verfallen ist; in München-Gladbach wird der *moderne Katholizismus* (ein gelinder Ausdruck für Irrglaube) gepflegt; von hier aus wird die *Interkonfessionalität* gepredigt, die in den Augen der Rechtgläubigen den Anfang vom Ende der wahren Religion bedeutet. Im Zusammenhang der Dinge wird man auch einsehen, dass das Fuldaer *Pastorale* vom Jahre 1900 etwas mehr bedeutet als die Verurteilung der christlichen Gewerkschaften, dass es sich letzten Endes gegen den *Volksverein* richtete, der die christlichen Gewerkschaften gegründet, ihnen ihr Programm gegeben und sie auf die Interkonfessionalität — im konfessionell gemischten Industriebezirk des Westens übrigens die einzig mögliche Form der Organisation — verpflichtet hatte. An der Zentralstelle des *Volksvereins* in München-Gladbach ist das Vorgehen der Bischöfe gegen die christlichen Gewerkschaften und die sich daraus ergebende Begönnerung der katholischen Arbeitervereine mit ihrer Fachabteilungsbewegung nie anders gewürdigt worden als dass es sich dabei um einen Feldzug gegen den *Volksverein* handle. Die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), die namentlich die Gunst des Bischofs Korum von Trier und des Fürstbischofs Kopp von Breslau genossen, stellen sich in offenen Gegensatz zu den vom *Volksverein* beeinflussten Arbeitervereinen Westdeutschlands. Sie dulden in ihren Gebieten nicht die Literatur des *Volksvereins*, dem dort überhaupt in jeder Beziehung, auch von den Geistlichen, Hindernisse bereitet werden, so dass der Abgeordnete Giesberts wohl recht hat, wenn er in einer jüngst erschienenen Schrift bemerkt, dass die von namhaften Bischöfen begönnernten Arbeitervereine der Berliner Richtung »systematisch darauf ausgehen den *Volksverein für das katholische Deutschland* zu ersetzen.«²⁾

Kardinal Fischer hat nun zwar bei einem Besuch in München-Gladbach den Herren von der Zentralstelle einige tröstende Worte gependet, er hat sie ermutigt in der bisherigen Weise weiter zu arbeiten, und er hat es eine *Verleumdung* genannt, dass der *Volksverein* »in Gegensatz oder in Feindschaft gegen den Episkopat stehe«, womit allerdings nicht bestritten oder gar widerlegt ist, dass der Episkopat in Gegensatz oder in Feindschaft zum *Volksverein* steht. Ausserdem lässt es sich verstehen, dass Kardinal Fischer dem rheinischen Zentrum, dessen Bestand vom *Volksverein* abhängig ist, schon mal gefällig

²⁾ Siehe Giesberts *Friede im Gewerkschaftsstreit?* (Köln 1909), pag. 46.

ist und auch wegen der kirchlichen Weiterungen es nicht gern auf einen offenen Bruch der Bischöfe mit dem *Volksverein* ankommen lässt. In dieser Hinsicht vermag das Zentrum viel. Als das Fuldaer *Pastorale* erschienen war, geriet man in Köln und München-Gladbach in arge Bestürzung; hier wusste man, was die bischöfliche Verurteilung der christlichen Gewerkschaften für die katholischen Arbeiter und für das Zentrum im Westen bedeutete. Genau wie jetzt in München-Gladbach, so erschien damals kurz darauf Kardinal Fischer in einem Kölner Arbeiterverein und sprach einige wohlmeinende Worte über die christlichen Gewerkschaften. Ich traf einige Tage darauf den mir bekannten Redakteur eines Zentrumsblatts und meinte: »Na, da hat der Kardinal ja nett eingelenkt.« »Ja«, schmunzelte mein Zentrumsmann, »aber erst, als der N. [hier nannte er den Namen eines Politikers aus dem Krëise der *Kölnischen Volkszeitung*] beim *Tünnes* war.« *Tünnes* ist die kölnische Vulgärform für Antonius, und wenn's kein Gesalbter hört, pflegen auch fromme Kölner ihren geistlichen Oberhirten Antonius Fischer mit diesem Kosenamen zu bezeichnen. Allem Anschein nach ist auch in Sachen des *Volksvereins* wieder einer aus Köln oder München-Gladbach beim *Tünnes* gewesen. Jedenfalls stürzen die Trostesworte, die Kardinal Fischer an die Herren von der Zentralstelle des *Volksvereins* richtete, die Tatsache, dass in weiten Kreisen des Zentrums und an hervorragenden Stellen der Kirche die sozialpolitische Tätigkeit des *Volksvereins* übel angesehen wird, ebenso wenig um wie die Versicherung der *Kölnischen Volkszeitung*, dass der durch die Kölner Osterversammlung eingeleiteten Bewegung keine Bedeutung zukomme. Man mag über den *Volksverein* denken wie man will, er hat die katholische Arbeiterschaft, wenigstens im Westen Deutschlands, aufgerüttelt, hat sie sozialpolitisch geschult, hat sie in Arbeitervereinen und Gewerkschaften organisiert, beides Organisationen, die doch um einiges von den *Grosskinderbewahranstalten*, in denen sich ehemals die katholischen Arbeiter genügsam ergingen, verschieden sind. Selbstverständlich geschah das alles nicht aus Arbeiterfreundlichkeit, deren sich der Klerikalismus zu rühmen pflegt, sondern aus dem Zwange heraus sich der Sozialdemokratie zu erwehren. Es geschah, weil es geschehen musste, wenn das Zentrum samt der Kirche ihre Anhänger in den Industriegegenden nicht in aller kürzester Zeit der Sozialdemokratie zum Opfer fallen sehen wollten. Aber die Entwicklung, die diese Dinge im klerikalen Lager genommen haben, ist den edlen Herren der Kirche und der Partei über den Kopf gewachsen; sie sehen in den Einrichtungen und Bestrebungen, die der Sozialdemokratie das Wasser abgraben sollten, nur eine Gelegenheit die rote Flut hoch und höher zu treiben. Ein Jahrzehnt nach der Gründung des *Volksvereins* verdammen die Bischöfe die christlichen Gewerkschaften, München-Gladbachs eigenstes Werk und grössten Stolz. Und das zweite Jahrzehnt ist noch nicht vorüber, da verbietet ein geistlicher Oberhirt, Fürstbischof Kopp von Breslau, dem Direktor Brauns von der Zentralstelle des *Volksvereins* das Abhalten sozialer Konferenzen in seiner Diözese. Was würde der selige Windhorst zu der Behandlung sagen, die dem *Volksverein*, seinem vielgepriesenen *Vermächtnis* an das katholische Volk, zu teil wird?

Ohne Zweifel sind derartige Vorgänge ein Beweis für die Gegensätze im Zentrum, die zwar immer vorhanden gewesen sind, aber zu bedrohlicher Stärke erst gedeihen konnten, als die mancherlei Interessen auch ihre Organisation

und damit das Mittel fanden sich auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet durchzusetzen. Namentlich hat in dieser Beziehung die christliche Gewerkschaftsbewegung aufwühlend gewirkt. Sie lehnte sich zwar an das Zentrum an, schickte ihre Vertreter als Abgeordnete in die Zentrumsfraktionen, um, wie man meinte, hier anregend und fördernd im Sinne der Arbeiterinteressen zu wirken. In Wirklichkeit aber haben jene ultramontanen *Arbeitervertreter* in den Parlamenten durch ihr Verhalten erwiesen, dass im Gefolge einer Partei wie des Zentrums keine Arbeiterpolitik zu machen ist, dass dort das Rückgrat jedes Proletariats gebrochen wird, bei den Giesberts und Schiffer noch schneller und gründlicher als beim alten Stötzel, der als ein aufrechter Kämpfer 1877 den Reichstag betrat, um unter den Fittichen seiner ultramontanen Gönner dann bald alle Stufen und Streiche der volksfeindlichen Zentrums politik durch- und mitzumachen. Die gegenwärtigen Arbeitervertreter im Zentrum haben, wie ihr Verhalten bei der Reichsfinanzreform beweist, bereits mit vielem Geschick die Aufgabe übernommen den katholischen Arbeitern nachzuweisen, wie vergeblich die Hoffnung derjenigen ist, die da meinen, ein Arbeitervertreter könne im Zentrum andere als klerikale, das heisst arbeiterfeindliche Politik treiben. Auch das wird die Gärung im ultramontanen Lager, namentlich nach unten hin, fördern. Und mit der Gärung zugleich die Klärung, die der sozialistischen Arbeiterbewegung zu gute kommen muss.

XX

GERHARD HILDEBRAND · KOLONIALE VERGLEICHE

MERRAINSPEKULATION *en gros* mit den machtpolitischen Mitteln des Staats: so kann man, wenn man will, die Besetzung von Kolonisationsgebieten nennen. Wie die Bodengesellschaften etwa in der Umgebung Gross Berlins oft gar nicht daran denken und daran denken können den erworbenen Besitz sofort zu erschliessen sondern nur darauf ausgehen sich ein zukunftsreiches Gelände zu sichern und dann einfach abzuwarten, bis die Häuserblocks der Grossstadt oder ihre Villenvororte oder eine neue Bahn oder ein Kanal dicht an das Spekulationsobjekt heranrücken und seinen Wert sprungweise erhöhen, so sind auch zahlreiche Kolonisationsgebiete in allen Erdteilen noch heute *Zukunftswerte*, die einstweilen und vielleicht auf lange hinaus brach liegen, bis der stets wachsende Bedarf an Bodenproduktion ihre Erschliessung zweckmässig und selbst notwendig macht. Das Vorhandensein zahlreicher Landreserven dieser Art scheint gerade jetzt von grosser Bedeutung werden zu solien, soweit es sich um die Versorgung des Weltmarkts mit Brotgetreide handelt. Die letzte Hochkonjunktur hatte die Industriebevölkerung übermässig anschwellen lassen, was sich besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika in einem noch nie dagewesenen Mangel nicht nur an Landarbeitern sondern selbst an Farmern zeigte. Das Endergebnis dieser Divergenz war eine Industriekrisis von besonderer Heftigkeit und eine Getreidepreissteigerung von seit langem unerhörter Hartnäckigkeit und Höhe. Die nächsten Jahre werden den Ausgleich durch verstärkte agrarische Siedelung in allen dem Verkehr erschlossenen Getreideproduktionsgebieten bringen. Was sich in dieser Konjunkturperiode mit dem Getreide abspielte, kann sich über kurz oder lang mit der Baumwolle